

Niederschrift

27. Sitzung des Ausschusses für Stadtmarketing, Tourismus und Kultur

Sitzungstermin:	Dienstag, 09.04.2024
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	18:50 Uhr
Ort, Raum:	Konventsaal, Im Kloster 15, 18311 Ribnitz-Damgarten

Anwesend

Vorsitz

Tino Leipold	Anwesend
--------------	----------

Mitglieder

Axel Attula	Anwesend
-------------	----------

Karin Kurze	Anwesend
-------------	----------

Christel Lesche-Panizza	Anwesend
-------------------------	----------

Dr. Swantje Petersen	Anwesend
----------------------	----------

Udo Steinke	anwesend
-------------	----------

Verwaltung

Diana Brusch	Anwesend
--------------	----------

Silke Kunz	Anwesend
------------	----------

Christine Lohrmann	Anwesend
--------------------	----------

Schriftführer

Sophia Görlich	Anwesend
----------------	----------

Abwesend

Mitglieder

Uwe Brandenburg	Entschuldigt
-----------------	--------------

Ramona Giese	Abwesend
--------------	----------

Andreas Nehm	Entschuldigt
--------------	--------------

Gäste: Julia Bülow – Geschäftsführerin Tourismusverband Fischland-Darß-Zingst

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1| Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2| Feststellung der Tagesordnung
- 3| Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 13.02.2024 mit Protokollkontrolle
- 4| Landespolitische Pläne zur Tourismusentwicklung (Gast: Julia Bülow, Geschäftsführerin vom Tourismusverband Fischland-Darß-Zingst)
- 5| Anträge auf kulturelle und jugend-Zuschüsse
- 6| Anfragen/Mitteilungen

Nichtöffentlicher Teil

- 7| Auskünfte/Mitteilungen
- 8| Schließung der Sitzung

Protokoll

Öffentlicher Teil

1| Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Ausschussvorsitzender Leipold eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit zu diesem Zeitpunkt 6 anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

2| Feststellung der Tagesordnung

Zur vorliegenden Tagesordnung gibt es keine Änderungsanträge.

3| Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 13.02.2024 mit Protokollkontrolle

Das Protokoll der 26. Sitzung des Ausschusses Für Stadtmarketing, Tourismus und Kultur vom 13.02.2024 wird einstimmig bestätigt.

4| Landespolitische Pläne zur Tourismusentwicklung (Gast: Julia Bülow, Geschäftsführerin vom Tourismusverband Fischland-Darß-Zingst)

Herr Leipold begrüßt **Frau Bülow** die Geschäftsführerin des Tourismusverbandes Fischland-Darß-Zingst. **Frau Bülow** erläutert, dass sie Mitglied in der Arbeitsgruppe Tourismusgesetz und Tourismusdestination ist. Heute möchte sie drei große Themen zu den Entwicklungsplänen aufzeigen. Durch das Tourismusgesetz soll Mecklenburg-Vorpommern für den Tourismus attraktiver werden. Die Einführung des Tourismusgesetzes ist für Anfang 2025 geplant. Die Finanzierung soll über die Kur- und Fremdenverkehrsabgabe erfolgen. Im Rahmen dieses Gesetzes wird Mecklenburg-Vorpommern in sieben einzelne Tourismusdestinationen aufgeteilt. Die Tourismusdestinationen sollen durch die einzelnen Tourismusverbände gestärkt werden, jedoch sind diese aktuell personell sehr unterschiedlich aufgestellt. Die Voraussetzung, dass ein Ort Kur- und Fremdenverkehrsabgabe erheben kann, war bisher die Klassifizierung als amtlich anerkannter Kur- oder Erholungsort. Zusätzlich zu diesen Prädikaten wurden im KAG und KurorteG im Jahr 2021 zwei neue eingeführt. Durch einen Antrag können Regionen bzw. Orte als Tourismusregionen und Tourismusorte ernannt werden. Aktuell sind das Mönchgut Granitz und die Insel Usedom als Tourismusregion und u.a. die Orte Rostock, Neubrandenburg, Pasewalk, Teterow, Mönchhagen und Rövershagen als Tourismusorte ernannt. Mit der Anerkennung zu Tourismusregion und Tourismusort ist die Voraussetzung gegeben eine Kurabgabe zu erheben, jedoch keine Fremdenverkehrsabgabe. Durch die Einführung dieser beiden Prädikate sollen die Orte eine weitere Finanzierungsmöglichkeit durch die Kurabgabe erhalten. Bisher nutzen 7 Orte die Möglichkeit der Kurabgabenerhebung. Im Jahr 2023 wurden in der Übergangsphase Modellregionen als Vorreiter des Tourismusgesetzes ernannt. Eine Modellregion ist Fischland-Darß-Zingst. In den Jahren 2024/25 läuft der Destinationsentwicklungsprozess. In diesem werden individuelle Handlungsweise der sieben Destinationen in Hinführung auf ein Tourismusgesetz entwickelt. Der Status Quo zeigt eine fehlende Flächendeckende Tourismusfinanzierung auf. Neben den Förderungen vom Land sind die Abgaben aus den Einnahmen der Kur- & Fremdenverkehrsabgabe der Kommunen ein potenzieller Mitteleinsatz im Tourismusgesetz.

Diese Mittel sollen für die öffentliche touristische Infrastruktur, Marketing/Verkaufsförderung, Zusammenarbeit aller Ebenen & Akteure, Destinationsentwicklung & Strategie, Entwicklung & Qualifikation der Tourismuswirtschaft, Gästemanagement & Besuchersteuerung, Produkt- & Angebotsmanagement, Innovationsmanagement & Digitalisierung, sowie touristische Mobilität eingesetzt werden. Der Zwischenstand der Erfassung touristischer Einnahmen in MV beläuft sich auf ca. 54 Millionen Euro. Das Verhältnis von Kurabgabe zu Fremdenverkehrsabgabe beläuft sich auf 12:1. Das Tourismusgesetz soll gesicherte Finanzierung wesentlicher Aufgaben des Tourismus in MV und die geordnete Strukturierung der Tourismusdestinationen in MV regeln. Die Ausgangslage in MV basiert auf Prinzip der Freiwilligkeit & kommunale Selbstverwaltung, Höhe prädikatisierte Orte & Tourismusorte, Erhebungsmöglichkeit für Gäste und/oder Unternehmensabgaben, ländliche Räume ohne Finanzierungsinstrument, Regionalverbände/-organisationen und der Bettensteuer in einigen Orten. Die Zielstellung ist die Erhöhung zweckgebundener Mittel für touristische Aufgaben, Aufgabenteilung und effiziente Zusammenarbeit auf und zwischen den 3 Ebenen zugunsten aller Akteure und Gäste (bestenfalls sogar den Einheimischen), Stabilisierung regionaler Ebene, Neuordnung/Modernisierung der Prädikate und Beseitigung von Schwach- und Fehlstellen im KAG. Der Umsetzungsansatz für das Tourismusgesetz lautet: Integration KurorteG und Anpassung KAG, Prinzip der Freiwilligkeit, Festlegung Prädikate/Qualität/Kriterien, Zuordnung zu 7 Destinationen, gegenseitige Anerkennung, Erhebungspflicht von Gäste- und Unternehmens-/Tourismusabgaben, Prädikatisierungsempfehlung, Landesförderung für Tourismusprojekte bei Prädikatisierung und Beteiligung, Einordnung Bettensteuer, Befreiung Einheimische und Tagesgäste, sowie Übergreifenden Leistungen wie z.B. Mobilität oder Vorteile für Gäste und Einheimische. Bisher erfolgten auf dem Weg zum Tourismusgesetz MV eine Delegationsreise, sowie detaillierte Gegenüberstellung der Tourismusgesetze Österreichs, inhaltliche Ableitungen für ein Tourismusgesetz MV, Bestandssituation der Einnahmen touristischer Abgaben in MV, Entwurfsfassung eines Eckpunktepapiers und diverse Diskussionsrunden und Vorträge. Aktuell erfolgt die Klärung offener bzw. rechtlicher Fragen. Als Abgleich der Standpunkte von TMV, Städte- und Gemeindetag und Bäderverband MV gab es eine Handreichung zu rechtlichen Aspekten. Zwischen dem Wirtschaftsministerium und dem Innenministerium ist ein interministerielles Arbeitstreffen geplant. Der Gesetzentwurf ist für das zweite Quartal 2024 geplant, darauf folgen Beirats- und Arbeitsgruppen-Sitzungen. Das Tourismusgesetz soll als Rahmen für die Destinationsentwicklung dienen. Der Ansatz der Tourismusbranche beinhaltet die Festlegung der Destination Strukturen, Rechtsformen der DMO-Strukturen (DMO = Destinations-Management-Organisation), Aufgabenrahmen der DMOs, festgelegter Einnahmeanteil aus Gäste-/Tourismusabgaben an die Destination zur zweckgebundenen Aufgabenerfüllung, landesseitige Unterstützung der DMO, gegenseitige Anerkennung innerhalb der Destinationen, Befreiung von Einheimischen, gemeindeübergreifende Zusammenarbeit und überörtlicher Investitionen und die Erhebung und Datenfluss von Gastdaten. Die Tourismusakademie MV hat ein Ideenkonzept verabschiedet. Aktuell werden die Umsetzungsmöglichkeiten via Machbarkeitsstudie geprüft. Es folgt die Vergabe an Intervall GmbH in Bietergemeinschaft mit dwif und die Durchführung von Experteninterviews. Anschließend findet die konzeptionelle sowie finanzielle Richtungsweisung/Positionierung der Landesregierung statt.

Herr Leipold merkt an, dass die Wirtschaftsförderung des Tourismus nicht allein durch die Kur- und Fremdenverkehrsabgabe finanziert werden kann, sondern ebenfalls die Gewerbesteuer in die Statistiken einfließen sollte. **Frau Bülow** informiert, dass die Statistiken sich auf die Kur- und Fremdenverkehrsabgabe beziehen, da dies gästebezogene Einnahmen sind. Das Ziel ist es die Einnahmen der Kurabgabe durch die Prädikatisierung weiterer Orte zu erhöhen. Die Kommunen sollen einen Anteil der Abgaben weiterleiten ohne große Verluste zu generieren. **Frau Lohrmann** fragt, ob eine Änderung des Prozesses bzw. der Erfassung der Meldedaten mit Unterschrift angedacht ist. **Frau Bülow** erläutert, dass dies nicht auf Landesebene entschieden wird. Das Bundesmeldegesetz setzt eine handschriftliche Unterschrift voraus, zurzeit gibt es jedoch einen Antrag auf die Abschaffung der Meldepflicht (Bürokratieentlastungsgesetz). Herr Leipold möchte erfahren, welche entscheidenden Veränderungen das Tourismusgesetz für Ribnitz-Damgarten mit sich bringt.

Durch das Prädikat Tourismusregion Fischland-Darß-Zingst erfolgt die Anerkennung der Kurkarten automatisch, aktuell wird diese durch Verträge mit den Nachbarorten und deren Einverständnis geregelt. Des Weiteren ist die Anerkennung der Einheimischen der Region vereinfacht möglich. Der Tourismusverband Fischland-Darß-Zingst verspricht sich durch das Gesetz ein positives Wachstum und mehr Einwirkung für die Entwicklung der Region. **Herr Leipold** bedankt sich bei **Frau Bülow** für die Ausführungen.

5| Anträge auf kulturelle und jugend-Zuschüsse

Frau Brusch erläutert die beantragten Zuschüsse an die örtlichen Kulturvereine. Im Jahr 2024 stehen dafür 11.000 € zur Verfügung. Der Kunstverein Ribnitz-Damgarten beantragt wie in den Vorjahren einen Zuschuss zur Miete in Höhe von 2.500 €. Die Ev. Kirchgemeinde St. Marien Ribnitz-Damgarten beantragt entsprechend der Vorjahre einen Zuschuss für die Konzertreihe Orgelsommer 2024 mit 13 Konzerten in Höhe von 1.500 €. Der St. Klaren Chor beantragt einen Zuschuss zur Finanzierung der Chorleitung in Höhe von 500 €. Die Damgartener Schützengilde beantragt für das 41. Kinder- und Schützenfest einen Zuschuss in Höhe von 2.500 €, die Verwaltung möchte 1.000 € genehmigen. Die Neuapostolische Kirche beantragt für einen Werbeaufsteller für Veranstaltungen einen Zuschuss in Höhe von 270 €. Der Ribnitzer Shanty-Chor „De Fischlänner Seelüd“ plant ein Shantychortreffen als Partneraustausch mit Buxtehude und beantragt 1.000 €. Der Reit- und Tonnenbund Klockenhagen beantragt entsprechend der Vorjahre 1.000 € für das traditionelle Tonnenabschlagen. Der Tonnenbund Langendamm beantragt 1.875 € für das traditionelle Tonnenabschlagen, die Stadtverwaltung möchte 1.000 € genehmigen. Da die Damgartener Schützengilde, der Reit- und Tonnenbund Klockenhagen und der Tonnenbund Langendamm traditionelle Veranstaltungen durchführen, wird der Zuschuss in gleicher Höhe gewährt. Der Freundeskreis Kloster- und Stiftsgeschichte beantragt einen Zuschuss zur Gestaltung und Produktion eines Kinderbuches zur Stadtgeschichte in Höhe von 1.000 €. Das Buch soll im Rahmen des Jubiläum 700 Jahre Kloster erscheinen. Die Autorin des Buches ist Stadtarchivarin Jana Behnke. Die genannten beantragten Zuschüsse ergeben eine Summe von 9.770 €.

Herr Leipold merkt an, dass die Zuschüsse der Kirchen im Blick behalten werden sollten, da die Kirchen sich auch über die Kirchensteuer finanzieren. **Herr Attula** informiert, dass es sich bei der Neuapostolischen Kirche eher um einen Verein handelt. **Frau Petersen** merkt an, dass der Unterschied zwischen Sanierung der Kirchengebäude und kulturellen Ausgaben berücksichtigt werden sollte.

Den beantragten kulturellen Zuschüssen stimmen die anwesenden Ausschussmitglieder einstimmig zu.

Frau Brusch erläutert nun die Anträge auf Zuschüsse für örtliche Aktionen im Jugendbereich. Im Jahr 2024 stehen dafür 6.000 € zur Verfügung. Die Verkehrswacht Ribnitz-Damgarten beantragt entsprechend der Vorjahre 500 € für die Durchführung von „Meister auf zwei Rädern“. Die Theatergruppe „Schlündelgründer“ beantragt für das Weihnachtsmärchen einen Zuschuss in Höhe von 2.950 €, in diesem Jahr wird das Märchen „Der Fischer und seine Frau“ aufgeführt. Die Neuapostolische Kirche beantragt für den Erwerb eines Tischkickers einen Zuschuss in Höhe von 450 €. Der Tischkicker soll Jugendliche zum Aufenthalt in der Kirche, statt davor bewegen. Die DRK Kita Boddenkieker beantragt entsprechend des Vorjahrs einen Zuschuss für die Durchführung des Laternenumzuges im Wohngebiet West in Höhe von 450 €. Die Stadtverwaltung möchte mit 350 € unterstützen. Der Dorfverein Klockenhagen beantragt einen Zuschuss für die Durchführung des Fackelumzuges für alle Ortsteile in Höhe von 550 €. Die Verwaltung möchte auch diesen Fackelumzug mit 350 € unterstützen. Die genannten beantragten Zuschüsse ergeben eine Summe von 4.600 €.

Herr Leipold spricht sich gegen den Zuschuss für den Erwerb des Tischkickers durch die

Neuapostolische Kirche aus. Aus seiner Sicht werden Jugendliche nicht durch einen Tischkicker angesprochen.

Die Abstimmung der Zuschüsse im Jugendbereich wird aufgeteilt, sodass über den Zuschuss des Tischkickers für die Neuapostolische Kirche separat entschieden wird.

Der Antrag der Neuapostolischen Kirche zum Erwerb eines Tischkickers wird mit 2 Stimmenthaltungen durch die anwesenden Ausschussmitglieder abgelehnt.

Den restlichen Anträgen wird durch die anwesenden Ausschussmitglieder einstimmig zugestimmt.

6| Anfragen/Mitteilungen

Frau Lohrmann möchte die anwesenden Ausschussmitglieder an die Einladung zur Teilnahme am „Runden Tisch“ BERNSTEINRESORT PÜTNITZ – Chancen & Risiken am Montag, 15.04.2024 um 16 Uhr erinnern. Eingeladen sind alle Stadtvertreter, Fraktionsmitglieder und berufene Bürger.

Des Weiteren informiert **Frau Lohrmann** darüber, dass am heutigen Tag Informationsveranstaltungen zum BERNSTEINRESORT PÜTNITZ in der Bernsteinschule und in der Rudolf-Harbig-Schule durchgeführt wurden. Den Wunsch zu diesen Veranstaltungen äußerten Schüler der genannten Schulen, welche an der Informationsveranstaltung im CenterParcs Bispingen teilgenommen haben.

Herr Steinke erfragt, ob die Wählerlisten für die bevorstehenden Wahlen in der Bernsteinpost veröffentlicht werden. **Frau Lohrmann** informiert, dass die Wählerlisten sehr umfangreich und daher nicht für diesen Rahmen geeignet sind. **Frau Kunz** ergänzt, dass die Bernsteinpost als neutrales Informationsmedium dienen soll.

Frau Kurze regt an, dass die Aushänge zu Hotels, Pensionen, Gastronomie und Ausflugszielen in den Schaukästen der Stadt überarbeitungswürdig sind. Als Beispiel nennt Frau Kurze die Bundeskegelbahn. **Frau Kunz** informiert, dass die Überarbeitung der Aushänge im aktuellen Haushalt eingeplant ist und im Zuge des ZIZ-Projektes bearbeitet wird. **Herr Leipold** regt an, einen weiteren Schaukasten mit einem Stadtplan in der Nähe des Informationszentrum Wald & Moor aufzustellen.

Der öffentliche Teil ist um 18.50 Uhr beendet.

Tino Leipold
Vorsitz

Sophia Görlich
Schriftführung